

Kurze rechtliche Bewertung der Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz und Energiebeihilfen (KUEBLL)

1. Einleitung

Am 21.12.2021 hat die EU-Kommission ihre Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz und Energiebeihilfen (CEEAG bzw. KUEBLL) veröffentlicht.¹

Die KUEBLL sind derzeit nur in englischer Fassung einsehbar. Sie werden erst dann förmlich angenommen, wenn alle Sprachfassungen vorliegen und gelten erst ab ihrer förmlichen Annahme.

Die Vorgaben der KUEBLL müssen von den Mitgliedstaaten bis zum 31.12.2023 umgesetzt werden.

2. Hintergrund und Chronologie

Die KUEBLL ersetzen die bisherigen Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen (UEBLL). Sie definieren, unter welchen Voraussetzungen aus Sicht der EU-Kommission staatliche Beihilfen in den Bereichen Klima, Umweltschutz und Energie als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden. Die KUEBLL befassen sich mit diversen, für den „Green Deal“ relevanten Themen. Ein Teil der KUEBLL (Abschnitt 4.11) widmet sich der Ermäßigung von Stromabgaben für energieintensive Unternehmen.

Zuvor hatte die EU-Kommission ein Konsultationsverfahren eingeleitet². Bis zum 02.08.2021 bestand die Gelegenheit, zum Entwurf der KUEBLL Stellung zu nehmen. Von dieser Möglichkeit hatte auch die Wismar Pellets GmbH Gebrauch gemacht.

3. Inhalt der Vorgaben an die Ermäßigung von Stromabgaben für energieintensive Unternehmen

Der Konsultationsentwurf der EU-Kommission sah erhebliche Beschränkungen für die Entlastung von Stromabgaben vor. Die Vorschläge der EU-Kommission hätten u.a. zur Konsequenz gehabt, dass Pelletproduzenten, deren Tätigkeit regelmäßig dem Wirtschaftszweig mit dem NACE-Code 16.29 unterfällt („Herstellung von Holzwaren a.n.g., Kork-, Flecht- und Korbwaren

¹ Vgl. https://ec.europa.eu/competition-policy/sectors/energy-and-environment/legislation_en

² Vgl. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_21_2784.



(ohne Möbel“), nicht länger zu den entlastungsberechtigten Branchen gezählt hätten.

Diese Bewertung hat die EU-Kommission nun in der Endfassung der KUEBLL korrigiert: Nach der ersten Liste im Annex 1 der KUEBLL gehört der Wirtschaftszweig mit dem NACE-Code 16.29 weiterhin zu den Branchen, die ein erhebliches Risiko von Standortverlagerungen aufweisen.

a) Erhebliches Risiko von Standortverlagerungen

Das erhebliche Risiko von Standortverlagerungen leitet die EU-Kommission aus zwei Kriterien ab: Die Handelsintensität und die Stromintensität müssen zum einen jeweils für sich betrachtet mindestens 5 % betragen und zum anderen multipliziert mindestens 2 % erreichen.³

b) Entlastungsumfang

Die Entlastung von Unternehmen von Stromabgaben beschränkt sich auf einen bestimmten Umfang:

- Pelletproduzenten als Unternehmen des Wirtschaftszweigs mit dem NACE-Code 16.29 müssen einen Kostenanteil schultern, der mindestens 15 % der regulären Belastung beträgt. Diese 15 % entsprechen der aktuellen Regelung zur Umlagebegrenzung über die Besondere Ausgleichsregelung.⁴
- Zusätzlich kann eine Obergrenze der Kostenbelastung bestimmt werden („Cap“ bzw. „Super Cap“), die sich auf 0,5 % der Bruttowertschöpfung bezieht. Auch diese Regelung deckt sich mit den gegenwärtigen Vorgaben zur Umlagebegrenzung über die Besondere Ausgleichsregelung.⁵

³ Auf weitere Wirtschaftszweige, für die die EU-Kommission eine Handelsintensität von mindestens 4 % und eine Stromkostenintensität von mindestens 5 % bzw. in der Multiplikation beider Kriterien mindestens 0,6 % fordert, soll hier nicht näher eingegangen werden.

⁴ Vgl. § 64 Abs. 2 Nr. 2 lit. a) EEG 2021.

⁵ Vgl. § 64 Abs. 2 Nr. 3 lit. a) EEG 2021.

- Die Unternehmen müssen aber eine Mindestbelastung schultern. Sie liegt bei 0,5 €/MWh und damit niedriger als die derzeit bei der Besonderen Ausgleichsregelung für die überwiegende Zahl der Branchen geltende Mindestumlage von 1 €/MWh.⁶

c) „Gegenleistung“

Als „Gegenleistung“ müssen die Unternehmen ein Energieaudit oder ein Energie- bzw. Umweltmanagementsystem vorhalten **und** entweder dessen Empfehlungen umsetzen, mindestens 50 % des Beihilfebetrages in Vorhaben zur Treibhausgasminderung investieren oder mindestens 30 % ihres Strombedarfs aus CO₂-freien Quellen decken.

Die Pflicht zum Betreiben eines Energieaudits oder eines Energie- bzw. Umweltmanagementsystems war schon bisher als Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Umlagebegrenzung über die Besondere Ausgleichsregelung normiert.⁷ Die weitergehenden Anforderungen in den KUEBLL sind allerdings neu. Sie müssen lediglich alternativ erfüllt werden („oder“).

Nicht näher festgelegt ist, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen die Unternehmen jahresweise zwischen den drei Varianten wechseln können, also z.B. in einem Jahr die Empfehlungen aus einem Energieaudit oder Energie- bzw. Umweltmanagementsystem umsetzen, im nächsten Jahr mindestens 50 % des Beihilfebetrages in Vorhaben zur Treibhausgasminderung investieren und im darauffolgenden Jahr mindestens 30 % ihres Strombedarfs aus CO₂-freien Quellen decken können. Die Entscheidung über entsprechende nähere Bestimmungen dürften damit dem jeweiligen Mitgliedstaat überlassen sein.

4. Anwendungsbereich

Die KUEBLL gelten insbesondere für die Gewährung einer verringerten EEG- und KWKG- bzw. Offshore-Netzumlage. Keine Anwendung sollen sie auf die Reduzierung von Netzentgelten finden. Sofern die Regierungskoalition ihr Vorhaben zur Streichung der EEG-Umlage ab 2023 umsetzen sollte, dürften die wirtschaftlichen Konsequenzen zunächst vor allem auf die KWKG- bzw. die Offshore-Netzumlage bezogen sein.

⁶ Vgl. § 64 Abs. 2 Nr. 4 lit. b) EEG 2021.

⁷ Vgl. § 64 Abs. 1 Nr. 3 EEG 2021.

Ob vergleichbare Anforderungen auch für die Entlastungen von der Strom und Energiesteuer⁸ bestimmt werden, ist offen. Die EU-Kommission diskutiert zurzeit einen Vorschlag für die Überarbeitung der Energiesteuer-Richtlinie.⁹ Stand heute lässt sich noch nicht einschätzen, welchen Inhalt eine überarbeitete Energiesteuer-Richtlinie haben wird. Es zeichnet sich aber ab, dass es auch künftig Entlastungsmöglichkeiten geben soll.

Nach den aktuell vorliegenden Vorschlägen sollen sich die Entlastungen auf energieintensive Betriebe beschränken. Als energieintensiver Betrieb“ soll eine Betriebseinheit gelten, bei der sich entweder die Energie- und Strombeschaffungskosten auf mindestens 3,0 % des Produktionswertes belaufen oder die zu entrichtende nationale Energiesteuer mindestens 0,5 % des Mehrwertes beträgt.¹⁰ Ob zudem die Vorgaben aus den KUEBLL berücksichtigt werden (etwa in Bezug auf die Gegenleistungen), lässt sich wohl erst gegen Mitte 2022 absehen, wenn die Diskussion um den Inhalt der überarbeiteten Energiesteuer-Richtlinie nach den Planungen der EU-Kommission abgeschlossen sein soll.

Auf die Ende Dezember vom BAFA erlassenen Begrenzungsbescheide für 2022 haben die KUEBLL (noch) keinen Einfluss.

⁸ Vgl. §§ 9b, 10 StromStG bzw. §§ 54, 55 EnergieStG.

⁹ Vgl. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:1b01af2a-e558-11eb-a1a5-01aa75ed71a1.0012.02/DOC_1&format=PDF.

¹⁰ Vgl. den Vorschlag eines neu gefassten Art. 18 der überarbeiteten Energiesteuer-Richtlinie.

Berlin, Magazinstraße 15-16, D-10179 Berlin | Prof. Christian Held*, RA · Prof. Dr. Christian Theobald*, Mag. rer. publ., RA · Dr. Christian de Wyl*, RA · Prof. Dr. Ines Zenke*, RAin, Fachanwältin für Verwaltungsrecht · Dr. Martin Altmann*, Mag. rer. publ., RA · Dr. Christian Jung*, LL.M., Attorney at Law (New York), RA · Dr. Jost Eder*, RA · Dr. Olaf Däuper*, RA · Daniel Schiebold*, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Stefan Missling*, RA · Axel Kafka*, RA · Dr. Thies Christian Hartmann*, RA · Jens Vollprecht*, RA, Dipl.-Forstw. (Univ.) · Ulf Jacobshagen*, RA · Astrid Meyer-Hetling*, RAin · Dr. Erik Ahnis*, RA, Bankfachwirt (BA) · Dr. Roman Ringwald*, RA · Dr. Markus Kachel*, LL.M., RA · Dr. Tigran Heymann*, RA · Niko Liebheit*, RA · Christian Thole*, RA · Andreas Große*, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Benedikt Doms*, RA · Dr. Martin Riedel, RA · Sebastian Blumenthal-Barby, LL.M., RA · Dr. Sascha Michaels, RA, Fachanwalt für Vergaberecht · Dr. Christian Dessau, RA · Heiko Lange, RA · Dr. Wieland Lehnert, LL.M., RA · Dr. Holger Hoch, RA · Dennis Tischmacher, Mag. rer. publ., RA · Alexander Bartsch, RA · Beate Kramer, RAin · Sabine Gauggel, LL.M., RAin · Dr. Anna Sachse, RAin · Johannes Nohl, RA · Carsten Telschow, RA · Juliane Kaspers, LL.M., Attorney at Law (New York), RAin · Simone Mühe, RAin · Dominique Couval, RAin · Dr. Malaika Ahlers, LL.M., RAin · Christoph Lamy, RA · Kristin Thole, RAin · Martin Brunz, RA · Jana Siebeck, RAin · Marcel Dalibor, RA · Dr. Alexander Dietzel, RA · Anna Lesinska-Adamson, RAin · Sascha Köhler, RAin · Johanna Riggert, RAin · Magnus Nissle, RA · Thomas Schneider, RA · Charlotta Maiworm, RAin · Christine Kliem, LL.M., RAin · Alba Federica Spengler, RAin · Jennifer Diane Morgenstern, LL.M., RAin · Moussah Köster, RA · Xaver-Moritz Müller-Hübers, RA · Barbara von Gayling-Westphal, RAin · Steffen Pohl, RA · Dr. Anna Alexandra Seuser, RAin · Jasmin Lehmann, RAin · Liljana Kraatz, RAin · Ronja Zimmermann, LL.M., RAin · Kathleen Philipp, RAin · Veronika Bufo, StBin · Simon Hillmann, LL.M., RA · Nikolas Barfknecht, RA · Vuong Nguyen, RA · Tobias Wernicke, RA · Ciamak Djamchidi, RA · Frederik Braun, RA · Christoph Paul, RA · Johanna Wilhelmina Mamerow, RAin · Lisa Angela Gut, RAin · Freya Humbert, RAin · Stephanie Berg, RAin · Rosalie Wilde, RAin · Aline Scharner, RAin

München, Pfeufferstraße 7, D-81373 München | Rudolf Böck*, Dipl.-Wirt.-Ing., WP, StB · Manfred Ettinger*, vBP, StB · Sabine Böck*, StBin · Matthias Albrecht*, RA · Wolfram von Blumenthal*, RA, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht · Oliver K. Eifertinger*, RA, StB · Thomas Straßer*, Dipl.-Bw. (FH), WP, StB · Nils Langeloh*, LL.M., RA, Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht · Markus Ladenburger*, RA · Tobias Sengenberger*, WP, StB · Florian Tietze, RA · Dr. Philipp Bacher, RA, Fachanwalt für Steuerrecht · Meike Weichel, LL.M., RAin, StBin, Fachanwältin für Steuerrecht · Guido Morber, LL.M., RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Bernd Günter, RA, Fachanwalt für Arbeitsrecht · Andreas Fimpel, Dipl.-Bw. (FH), StB · Matthias Pöhl, RA · Steffen Lux, RA · Christian Fesl, StB · Sophia von Hake, LL.M., RAin, StBin, Fachanwältin für Steuerrecht · Micha Klewar, RA, Fachanwalt für Verwaltungsrecht · Carmen Freimüller-Engel, RAin · Meike Lüninghöner-Glöckner, RAin · Thomas Sarosy, RA · Jochen Heise, RA · Anja Straßer, LL.M., RAin · Stephanie Julia Böswald, RAin · Hilda Faut, RAin · Alexander Müller, RA · Anne K. Rupf, RAin · Johanna Schricker, RAin · Dr. Maximilian Festl-Wietek, RA · Rebecca Mes, RAin · Sandra Schug, RAin, Fachanwältin für Arbeitsrecht · Jan Nicolas Höbel, RA · Christine Wenzl, RAin · Jan Rehm, RA · Matthias Meth, RA · Dmitriy Levitskiy, StB · Sophia-Charlotte Grawe, RAin · Eva Seiderer, RAin · Tobias Hoderlein, RA

Köln, KAP am Südkai, Agrippinawerft 26-30, D-50678 Köln | Jürgen Gold*, Dipl.-Kfm., WP, StB · Jens Panknin*, RA · Stefan Mackenrodt*, WP, StB · Folkert Kiepe, RA, Beigeordneter des DST a.D. · Klaus-Peter Schönrock, RA · Nicolaus Münch, RA · Silke Walzer, RAin · Dr. Heiner Faßbender, RA · Tillmann Specht, RA · Agnes Eva Müller, RAin · Norbert Repczuk, Dipl.-Kfm., StB · Sebastian Holst, RA · Grit Hömke, RAin · Julien Wilmes-Horváth, RA · Dr. Jelena Karbach, RAin · Marco Metz, RA · Markus Hallmann, RA

Hamburg, Kaiser-Wilhelm-Straße 93, D-20355 Hamburg | Stefan Wollschläger*, RA · Jan-Hendrik vom Wege*, MBA, RA · Jörg Kuhbier, RA, Senator a.D. · Dr. Ursula Prall, RAin · Thomas Schmeding, RA · Regina Zorn, RAin · Stefan Lepke, LL.M., RA · Lars Schlüter, RA · Gerd Bröcker, RA · Yola Traum, europ. RAin · Julia Blatt-von Raczeck, RAin · Nina Schöner, RAin · Oliver Rosenstock, RA

Stuttgart, Industriestraße 3, D-70565 Stuttgart | Dr. Michael Weise*, RA · Jürgen Tschiesche, Dipl.-Kfm., WP, StB · Rainer Ederer, RA · Dr. Christian Gemmer, RA · Roman Schüttke, RA · Ingo Günther, StB

Brüssel, Avenue Marnix 28, B-1000 Brüssel | Dr. Dörte Fouquet, RAin

Erfurt, Regierungsstraße 64, D-99084 Erfurt | Bianca Engel*, WPin, StBin · Dr. Florian Wagner, RA · Johannes Trabert, StB · Björn Jeske, StB

* Partnerin/Partner